

BDS.

www.bds-dgv.de

April 2017

Der Selbständige

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen e.V.



Großabnehmerrabatt
ABRUFSCHEIN
Sonderkonditionen
für Neuwagen
der Marke Toyota
Seite 15



BDS-Regional
RETRO CLASSICS
BDS im Oldtimer-Fieber:
Zwischen Stanguellini,
Maserati und Mustang
Seite 16



Ein unangepasster Querdenker

MdEP Hermann Winkler über seine Hauptschwerpunkte in der Europapolitik sowie zu den Reizthemen „Flüchtlingskrise“ und „AfD“



BranchenLösungen
leben.

Branchen im Fokus.

Betriebliche Altersversorgung – individuelle Lösungen für Ihre Branche im Fokus.

Sie sind Arbeitgeber?

Und wollen Ihren Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung anbieten, die sowohl die Belange Ihrer Branche berücksichtigt als auch attraktiv ausgestaltet ist? Dann entscheiden Sie sich für die Allianz. Gestalten Sie mit uns gemeinsam den perfekten Rahmen für die Vorsorge Ihrer Mitarbeiter.

Sie sind Arbeitnehmer?

Und wollen eine attraktive Betriebsrente? Eines steht fest: Mit der Allianz an Ihrer Seite haben Sie einen starken Partner, der Sie beim Aufbau Ihrer individuellen Altersvorsorge gemeinsam mit Ihrem Arbeitgeber unterstützt.



Alle Vorteile unter:
business.allianz.de/branchenloesungen





— von Dr. Hugo Müller-Vogg —

Martin Schulz inszeniert sich als Rächer der Enterbten. Die Managergehälter börsennotierter Aktiengesellschaften sollen begrenzt werden. Flugs hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Gesetzesentwurf vorgelegt. Um den staatlichen Gehälter-Dirigismus nicht allzu plump und nicht von vornherein als verfassungswidrig erscheinen zu lassen, soll das auf zweifache Weise geschehen.

Erstens sollen Unternehmen finanziell bestraft werden, wenn sie ihren Vorständen mehr als 500.000 Euro im Jahr zahlen. Was darüber hinausgeht, soll nämlich nicht mehr von der Steuer abgesetzt werden dürfen – eine indirekte Steuererhöhung. Und zweitens sollen die Hauptversammlungen beschließen, wie groß der Abstand zwischen der Vorstandsvergütung und dem durchschnittlichen Einkommen der Beschäftigten sein darf. Das Verhältnis wird dementsprechend schlecht sein für den Vorstand der Post, bei der viele niedrig bezahlte Zusteller tätig sind, und hervorragend für die Manager von Fußball-AGs, bei denen die Millionengehälter der Spieler den Vorständen zugute kämen.

Dies alles ist grotesk, offenbart aber die neue sozialdemokratische Denkungsart der Schulz-Ära. Das sind die neuen Glaubenssätze der SPD:

Glaubenssatz 1: Staat geht vor Privat

Unternehmen befinden sich hierzulande hauptsächlich in privater Hand, Aktiengesellschaften gehören den Aktionären. Mit welchem Recht will der Staat eigentlich den Eigentümern vorschreiben, was ihnen die Arbeit ihrer angestellten Manager wert ist? Wer aber, wie die Sozialdemokraten, Ideologen und Bürokraten von vornherein für die besseren Ökonomen hält, geht davon aus, dass niemand so viel von Wirtschaft versteht, wie linke Politiker.

Glaubenssatz 2: Nichts geht über Reglementieren

Bisher hat der Fiskus Zugriff auf den Gewinn eines Unternehmens, also auf die Differenz zwischen Erträgen und Kosten. Ob die Kosten gerechtfertigt sind oder nicht, geht den Staat nichts an. Weil Sozialdemokraten aber nichts lieber tun, als zu regulieren und

zu reglementieren, wollen sie bei Managergehältern zwischen (absetzbaren) guten und (nicht absetzbaren) schlechten Kosten unterscheiden.

Da droht ein Dambruch: Haben die sozialdemokratischen Regulierer erst einmal Spaß am Gängeln bekommen, werden sie auch die steuerliche Absetzbarkeit anderer Kosten in Frage stellen. Ist dann Kultursponsoring noch absetzbar? Und wie steht es um die Millionenzuschüsse an Fußballvereine, verbucht unter „Marketing“? Man muss kein Prophet sein: Wer gerne reguliert, wird viele neue Felder finden.

Hugo Müller-Vogg war Mitherausgeber der *FAZ*, *Bild*-Kolumnist und ist heute gefragter Gesprächspartner der Nachrichtensender *n-tv*, *N24* und *Phoenix*

Glaubenssatz 3: Nur gewerkschaftliche Macht ist gut

Alle Gehaltsexzesse – von denen es nicht wenige gibt – werden hierzulande von den Gewerkschaftern in den Aufsichtsräten absegnet. Gewerkschafter in den mitbestimmten Aufsichtsräten haben fast alle ein SPD-Parteibuch, was Martin Schulz aber verdrängt zu haben scheint. Wohin ein solches staatlich-sozialdemokratisch-gewerkschaftliches Machtkartell führt, lässt sich bei der Volkswagen AG studieren: Betrug am Kunden, Bestechung der Betriebsräte und eine besonders ausgeprägte Raffgier der Vorstände. Aber wenn Martin Schulz über Raffkes in Nadelstreifen herzieht, erwähnt er den sozialdemokratischen Musterbetrieb in Wolfsburg grundsätzlich nie.

Nun ließen sich die Gehaltsmauscheleien zwischen Kapital und Arbeit unterbinden, wenn die Vorstandsgehälter von den Eigentümern auf der Hauptversammlung

beschlossen werden würden. Dann herrschte auch höchstmögliche Transparenz – aber zu Lasten gewerkschaftlicher Macht. Deshalb weigert sich die SPD, das umzusetzen, was sie im Koalitionsvertrag unterschrieben hat: Festlegung der Vorstandsbezüge durch die Aktionärsversammlungen. Schließlich braucht die SPD die Gewerkschaften im Wahlkampf als willige Helfer.

Glaubenssatz 4: Nehmen ist seliger als Geben

Sollte die SPD mit ihrem Eingriff in die Rechte der Unternehmenseigner Erfolg haben, wäre der immaterielle Schaden größer als die Zusatzkosten für die Unternehmen. Konzerne mit Milliardenumsätzen würden die zu erwartende steuerliche Mehrbelastung zwischen 0,1 und 0,5 Prozent mühelos verkraften.

Nützen würde das niemanden, schon gar nicht der vom SPD-Kanzlerkandidaten so gern beschworenen „breiten Mitte“, deren Angehörige sich angeblich aus Angst vor der Zukunft Nacht für Nacht schlaflos im Bett wälzen. In ihrer Nachkriegsgeschichte handelte die SPD – von den Schröder-Jahren zwischen 2003 und 2005 einmal abgesehen – steuerpolitisch immer nach der Devise, es sei wichtiger, Einigen viel wegzunehmen, als Vielen viel zu geben. „Sankt Martin“ verkörpert diese Doktrin wie kein Zweiter.

Die CDU wackelt mal wieder

Was immer die SPD fordert: Bis zur Bundestagswahl im Herbst kann die SPD ohne die Union nichts durchsetzen. Doch die Union – vom Schulz – Aufschwung kalt erwischt und mehr oder weniger starr vor Schreck, scheint ordnungspolitisch mal wieder zu wackeln. Nach Maßnahmen wie der des gesetzlichen Mindestlohns, der Mietpreisbremse oder der Frauenquote plädieren nicht wenige dafür, sich der sozialdemokratischen Neidkampagne anzuschließen. Gemäß dem Motto: Haut den Bossen auf die Flossen. Aber auch das wäre nichts Neues. Wer Ludwig Erhard war und wie man Ordnungspolitik buchstabiert, scheinen in der Union immer weniger zu wissen. ■

Erstveröffentlichung: www.cicero.de

Die Neidkampagne des Martin Schulz

Millionen-Gagen für Vorstände – Viel Lärm um nichts?

von Staatssekretär a. D. Friedhelm Ost

Der Blick in das Gesetz klärt manches auf, was derzeit von Politikern heiß diskutiert wird. „Vorstandsmitglieder bestellt der Aufsichtsrat“, so ist es im Aktiengesetz niedergelegt. Und weiter heißt es da: „Der Aufsichtsrat hat bei der Festsetzung der Gesamtbezüge des einzelnen Vorstandsmitglieds (Gehalt, Gewinnbeteiligungen, Aufwandsentschädigungen, Versicherungsentgelte, Provisionen und Nebenleistungen jeder Art) dafür zu sorgen, dass die Gesamtbezüge in einem angemessenen Verhältnis zu den Aufgaben des Vorstandsmitglieds und zur Lage der Gesellschaft stehen. Dies gilt sinngemäß für Ruhegehalt, Hinterbliebenenbezüge und Leistungen verwandter Art.“

Eigentümer und Gewerkschafter

Ebenfalls im Aktiengesetz steht, dass die Mitglieder des Aufsichtsrats von der Hauptversammlung, also von den Aktionären als Eigentümer gewählt werden; sie können auch von Inhabern bestimmter Aktien entsandt werden oder als Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer nach dem Mitbestimmungsgesetz oder dem Betriebsverfassungsgesetz gewählt werden.

Eigentümer einer Aktiengesellschaft und Arbeitnehmervertreter, die zumeist aus den Gewerkschaften kommen oder Mitglieder des jeweiligen Betriebsrates sind, tragen die Verantwortung für die Chefeinkommen. Sie sind damit die Matadore, die die Millionen-Vergütungen der Herren und Damen in den Vorstandsetagen der Aktiengesellschaften genehmigen. So belie-

fen sich etwa im Jahr 2015 die Einkommen des Chefs von Daimler, Dieter Zetsche, auf über 8,5 Mio. Euro, Karl-Ludwig Kley bei Merck erhielt rund 7,9 Mio., Matthias Müller bei VW etwa 7,3 Mio., Frank Appel bei der Post AG gut 5 Mio. oder Johannes Teyssen bei E.ON 4,4 Mio. Euro, um nur einige Beispiele für die Entlohnung aufzuzählen.

Vergütungen ohne jedes Maß

Aus dem Rahmen fielen in jüngster Zeit besonders krass die Bezüge des einstigen VW-Chefs Winterkorn mit ca. 16 Mio. Euro. Er musste infolge des Abgas-Skandals seinen Vorstandssessel räumen, fiel jedoch mit einer „Rentenzahlung“ von rund 3.000 Euro pro Tag mehr als weich. Ebenso eklatant ist der Fall der Christine Hohmann-Dennhardt, die einst als SPD-Ministerin in Hessen in den Vorstand von Daimler und danach bei VW aufstieg. Anfang diesen Jahres schied sie aus der VW-Führung aus und kassierte eine Abfindung von mehr als 12 Mio. Euro. Im VW-Aufsichtsrat, der dem

vergoldeten Abschied von Christine Hohmann-Dennhardt zugestimmt hat, sitzen Mitglieder der Regierung des Landes Niedersachsen, allen voran der SPD-Ministerpräsident Weil, und profilierte Arbeitnehmervertreter, vor allem aus der Industriergewerkschaft Metall.

Stumpfe politische Waffen

Die Exzesse bei den Vergütungen haben in den letzten Jahren zweifellos Dimensionen erreicht, die kaum noch in eine Soziale Marktwirtschaft passen. Gewiss, bei Profi-Kickern werden inzwischen auch viele Millionen an Jahresgehältern bezahlt – nicht nur in der englischen, spanischen und italienischen Liga, sondern auch in der Bundesliga, in der nicht nur der FC Bayern München und die Dortmunder Borussia fast jedes vernünftige finanzielle Maß überschreiten. Auch für Gesangstars, Darsteller in Film und Fernsehen wird viel ausgegeben. Allerdings sind die Risiken auf den Feldern Sport, Musik oder Entertainment wesentlich

höher als auf den Vorstandsetagen der Aktiengesellschaften.

Politiker fast aller Parteien wollen nun gegen die ausufernden Managergehälter Front machen. Denn rational sind manche Vergütungen, die sich in geradezu schwindelnde Höhen geschraubt haben, nicht mehr den normalen Menschen zu erklären. Das durchschnittliche Arbeitnehmereinkommen liegt derzeit pro Jahr bei knapp 40.000 Euro. Mit welchen außergewöhnlichen Leistungen, Fähigkeiten oder Verantwortungen Vorstände das 100-, 150- oder gar 200-fache an Einkommen erhalten, das müssten die dafür Verantwortlichen in den Aufsichtsräten begründen. Da viele Chefs anderer Aktiengesellschaften Mitglieder in Aufsichtsräten sind, werden sie sich dabei schwerer tun als etwa die Arbeitnehmervertreter aus den Betriebsräten und Gewerkschaften sowie auch aus der Politik.

Soziale Verantwortung gefordert

Die meisten von ihnen beschwören indessen in feierlichen Sonntagsreden die Corporate Social Responsibility; sie sollten in den Unternehmen echte soziale Verantwortung beweisen und sich an die „Maßhalten-Mahnung“ von Ludwig Erhard erinnern.

Ethik und Moral, Verantwortung für das Zusammenhalten und Miteinander in unserer Gesellschaft sind die Elixiere der Sozialen Marktwirtschaft. Nicht ohne Grund haben die Gründer unserer Republik in das Grundgesetz geschrieben: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Friedhelm Ost

leitete die ZDF-Wirtschaftsredaktion, bevor er unter Helmut Kohl Regierungssprecher und schließlich CDU-Abgeordneter im Bundestag wurde. Heute ist Ost weiter als Journalist und in der Politik- und Wirtschaftsberatung tätig.



Es kann und wird keine politische Lösung geben, die die Exzesse bei Gehältern für Vorstände – und zum Teil auch bei den Tantiemen für Aufsichtsrats-Mitglieder – befriedigend lösen. Weder die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit noch die Fixierung von festen und variablen Vergütungsanteilen werden

Abhilfe schaffen. Denn die Unterscheidung der Kosten einerseits für Material usw., andererseits für Vorstandsgehälter dürften schwierig sein. Das Eingreifen des Gesetzgebers wäre letztlich ein ordnungspolitischer Sündenfall. Doch sind die Eigentümer, allen voran die Aktionäre in der Pflicht, die Übertreibungen

wieder auf ein Normalmaß zu bringen. Die Einkommen für Mitglieder in Vorständen und Aufsichtsräten gehören auf die Tagesordnung der Hauptversammlungen der Aktiengesellschaften; dort muss darüber öffentlich abgestimmt werden.

Die bisherige Kungelei in den kleinen Aufsichtsratsausschüs-

sen, in denen sich die Eigentümer-Vertreter mit den Arbeitnehmer-Vertretern auf die hohen Millionen-Vergütungen einigen, muss beendet und durch eine maximale Transparenz ersetzt werden. Denn keine gesetzliche Regelung wird Ethik und Moral, Maß und Verantwortung ersetzen können. ■

Steter Tropfen höhlt den Stein

von Klaus Kelle

Eine aktuelle Meinungsumfrage hat ergeben, dass eine deutliche Mehrheit der SPD-, Grünen- und Linke-Wähler dafür ist, das kommunale Wahlrecht so zu verändern, dass Nicht-EU-Ausländer, die dauerhaft in Deutschland leben, an Kommunalwahlen aktiv teilnehmen dürfen. Das muss man wissen, wenn es in diesem Jahr wieder an die Wahlurnen geht.

Blödsinnige Initiative

Die gute Nachricht: 57,2 Prozent der Befragten insgesamt lehnen diese Idee klar ab. Bei der AfD sind es fast 97 Prozent, aber auch bei Union und FDP 65 Prozent. Die schlechte Nachricht: Die linken Parteien interessieren sich für Politik, die bürgerlichen Parteien nur dafür, das Schlimmste zu verhindern. Wir haben das oft erlebt. Findet eine blödsinnige Initiative von Links keine Mehrheit, bringt man sie zwei Jahre später wieder ein. Steter Tropfen höhlt den Stein.

Irgendwann wird es dann mal eine Mehrheit geben, weil die Bürgerlichen es leid sind, immer wieder gegen den gleichen Unfug zu Felde zu gehen. Und hat sich die politische Linke in einem Punkt durchgesetzt, dürfen wir davon ausgehen, dass selbst bei einer wechselnden Mehrheit die Bürgerlichen das Rad nicht mehr zurückdrehen.

Großer Aufschrei

Als 2005 in Nordrhein-Westfalen nach Jahrzehnten eine bürgerliche Mehrheit aus CDU und FDP zustande kam, tauschte die neue Mehrheit in einer Landesverwaltung mit 330.000 Mitarbeitern rund 60 (in Worten: sechzig) politische Beamte aus. Großer Aufschrei linker Kommentatoren. Als ob für einen Politikwechsel ausreicht, dass man ein Dutzend Minister und ein paar Staatssekretäre neu besetzt. CDU und FDP übernahmen damals

Pressesprecher mit SPD-Parteibuch, der Chef des Verfassungsschutzes – auch SPD-Mitglied – bleibt im Amt. Selbst eine Staatssekretärin der Sozialdemokraten durfte noch eine begrenzte Zeit im Amt bleiben.

Alles weg!

Ich will niemandem von denen irgendetwas Schlechtes unterstellen. Ich bin sicher, dass sie eine ordentliche Arbeit abgeliefert haben. Aber wissen Sie, was fünf Jahre später passierte? Rot-Grün wurde wieder in die Verantwortung gewählt und sie schafften alles ab, was die Regierung Rüttgers auf den Weg gebracht hatte. Alles! Und da waren eine Menge guter Dinge darunter, von ernsthafter Sparpolitik über eine moderne Hochschulpolitik bis hin zu Reformen in der Schulpolitik. Alles weg! Nach Monaten war es so, als hätte es die fünf Jahre CDU/FDP an Rhein und Ruhr nie gegeben. Eine Episode. Ausgelöscht. ■

Klaus Kelle

ist regelmäßiger
Kolumnist bei
FOCUS ONLINE
und selbstständiger
Medienunternehmer
www.kellecom.de



IMPRESSUM

Der Selbständige

ISSN 0946-3224
Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband
Hrgs: Bundesverband der Selbständigen – Reinhardstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Thomas Brüggemann, Anita Schäfer
Fotos: BDS/Archiv

Layout & © Titel: Joachim Schäfer
Erscheinungsweise: 10 x jährlich
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin

Bezugsbedingungen:

Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.
© by: Bundesverband der Selbständigen

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr. Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben Bundesverband der Selbständigen und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.
Briefe und Manuskripte an:

Bundesverband der Selbständigen – Reinhardstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Internet: www.bds-dgv.de
E-Mail: info@bds-nrw.de

Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.

Die Chemie zwischen dem CDU-Europaabgeordneten und den BDS-Vertretern Hans-Peter Murmann und Andreas Gruschovnik stimmte sofort.



Ein unangepasster Querdenker

CDU-Europaabgeordneter Hermann Winkler: „Die Kommission versucht Dinge zu regeln, die die Nationalstaaten viel besser regeln können“

Hermann Winkler gehört zu den „musealen Raritäten“ innerhalb der Politikervernunft, die ihre Meinung nicht – wie es so schön heißt – an der Garderobe der Parteivorsitzenden abgeben. Sicher ist diese von Hermann Winkler häufig dokumentierte Haltung einer der Gründe dafür, warum die Chemie zwischen dem CDU-Europaabgeordneten und den BDS-Vertretern Hans-Peter Murmann, Andreas Gruschovnik und Joachim Schäfer sofort stimmte.

Winkler leistet sich – sprichwörtlich betrachtet – den Luxus, Mut zur eigenen Courage zu ha-

„Die EU-Kommission muss dazu übergehen, sich an selbst aufgestellte Regeln zu halten.“

ben. Schon als Staatsminister und Chef der Staatskanzlei unter Ministerpräsident Georg Milbradt war Winkler dafür bekannt, gegen den Strom zu schwimmen, wenn es galt, eigene Überzeugungen offensiv zu vertreten. Auch im Europäischen Parlament gilt Winkler, als Sprecher der ostdeutschen CDU-Abgeordneten innerhalb der EVP-Fraktion, als unangepasster Querdenker. So zählt er nicht erst seit gestern zu den prominenten Kritikern von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Und auch mit dem damaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments und heutigem SPD-Spitzen-

kandidaten für die Bundestagswahl, Martin Schulz, hat Hermann Winkler den einen oder anderen Strauß ausgefochten.

Grund genug also für die BDS-Vertreter, das Gespräch mit dem studierten Diplom-Ingenieur zu suchen.

Degressive Proportionalität

Joachim Schäfer informierte den Europaparlamentarier über zunehmende Kritik aus Mitgliederkreisen an der Europäischen Union generell; vor allem aber an der Zusammensetzung des Europäischen Parlaments, weil Deutschland gemessen an seiner Einwoh-

nerzahl nur unzureichend vertreten sei.

Hermann Winkler räumte ein, dass 96 deutsche EU-Parlamentarier, gemessen an der Einwohnerzahl Deutschlands, nicht unbedingt repräsentativ seien, verwies aber in diesem Zusammenhang auf den Vertrag von Lissabon, der die sogenannte degressive Proportionalität beinhalte. Damit ist auch insgesamt eine Begrenzung auf 751 Abgeordnete gewährleistet. Danach habe Deutschland mit den genannten 96 Mandaten die Höchstzahl der möglichen Abgeordnetensitze erhalten. Nach seiner Ansicht sei auch nicht die Zahl der deutschen Abgeordneten die entscheidende Frage, sondern die Effektivität, mit der im Europäischen Parlament gearbeitet werde. Er plädierte seit Beginn seiner Tätigkeit im Europaparlament dafür, sich weniger mit Initiativberichten und Resolutionen zu beschäftigen, die keinerlei gesetzgeberische Funktionen hätten, sondern mit wichtigen grenzübergreifenden Problemen, hob Winkler hervor.

Vier Hauptschwerpunkte

Angesprochen auf eine Aussage des EU-Parlamentariers Hans-Olaf Henkel, der in einem Focus-Interview gesagte hatte, dass auf jeden Einwand, auf jede Krise die EU nur eine Antwort kenne, nämlich „mehr Europa“, sagte Winkler, auch er habe den Eindruck, dass die EU und damit auch die EU-Kommission oftmals zum Selbstzweck mutiert sei, weil sie die Interessen der europäischen Bürger aus den Augen verloren habe. Er habe des Öfteren den Eindruck gewonnen, „dass die EU-Kommission eine Lösung für ein Problem vorschlägt, das es in Europa überhaupt nicht gibt, wie im Fall der europäischen Dienstleistungskarte“. Deshalb setze er sich vehement innerhalb der EVP-Fraktion dafür ein, Schwerpunkte zu setzen und die richtigen Themen voranzubringen. Er selbst sehe in der Europäischen Union vier Hauptschwerpunkte: eine gemeinsame Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, die Geld- und Währungsstabilität, Fragen des

Binnenmarktes und die Migrationspolitik. Wenn diese vier Themenschwerpunkte vernünftig bearbeitet würden, bekämen die Bürger auch wieder mehr Vertrauen in die Institutionen Europas, unterstrich Winkler.

In diesem Zusammenhang müsse auch die Frage gestellt werden, ob das Europa, wie wir es bisher kannten, noch angemessen sei und es nicht besser wäre, ein Europa der Projekte zu beginnen, um mehr Schwung in die europäische Idee zu bekommen. So ein Projekt könnte etwa der Euro oder die Verteidigungsunion sein.

Verloren gegangenes Vertrauen

„Wir beschließen etwas, stellen das in den Raum und warten dann einige Zeit ab, ob was passiert. Und wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt bis es kein Zurück mehr gibt.“ Konfrontiert mit diesem berühmten Eingeständnis von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sprach Hermann Winkler Klartext: „In der Kommission arbeiten hochintelligente Frauen und Männer, die aber leider den wirklichen Kontakt zu den Menschen und Problemen vor Ort verloren haben.“ Das drücke sich dann auch in den Gesetzesvorschlägen aus – und das sei das eigentliche Problem. Die Kommission versuche oft Dinge zu regeln, die die Nationalstaaten, die Bundesländer und die Kommunen viel besser regeln könnten, weil sie näher an den Menschen seien. Vor allem aber müsse die EU-Kommission dazu übergehen, sich an selbst aufgestellte Regeln zu halten, betonte Winkler. Es könne nicht sein, dass sich europäische Staaten, die zum wiederholten Male die Maastricht-Kriterien nicht einhielten, wenn es um die Verschuldung ihrer Haushalte gehe, ungeschoren davonkämen. Dies sei einer der Gründe dafür, dass das Vertrauen in die europäische Idee verloren gegangen sei, zeigte sich der CDU/EVP-Parlamentarier überzeugt. A.S. ■



Zur Person

Hermann Winkler

Das Attribut „unbequem“ ist wohl die trefflichste Charakterisierung, um das politische Wirken von Hermann Winkler zu umschreiben. Der CDU-Politiker ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments und Sprecher der ostdeutschen CDU-Abgeordneten innerhalb der EVP-Fraktion.

Entgegen der offiziellen Parteilinie warnte Winkler bereits im Jahr 2014 eindringlich vor weiteren Wirtschaftssanktionen gegen Russland. In einem Gespräch mit dem „gmx-Portal“ verdeutlichte der im sächsischen Grimma geborene und studierte Diplom-Ingenieur, dass sich Europa dringend aus dem Schatten der USA lösen und ein Grundverständnis für Russland entwickeln müsse. Als Konsequenz aus dieser Haltung stimmte er als einziger CDU-Abgeordneter im Europäischen Parlament gegen eine Entschließung, die sich mit dem Stand der Beziehungen zwischen der EU und Russland befasste und in der geäußert wurde, dass Russland nicht mehr als strategischer Partner behandelt oder angesehen werden könne.

Im Oktober 2016 stellte sich Winkler erneut quer zu seiner Parteiführung, indem er in einem Interview der Zeitschrift *Superillu* eine Koalition aus CDU und AfD auf Landes- und Bundesebene befürwortete, um eine „linke Republik“, also um eine rot-rot-grüne Koalition, zu verhindern (siehe Interview).

Bevor Hermann Winkler als Spitzenkandidat der sächsischen Union in das Europaparlament gewählt wurde, war er von 1990 bis 2009 Mitglied des Sächsischen Landtages und innerhalb dieser Zeitspanne (vom 11.11.2004 bis zum 07.11.2007) Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Chef der Sächsischen Staatskanzlei. Von 2005 bis 2009 vertrat er den Freistaat Sachsen im Ausschuss der Regionen (AdR) in Brüssel.

Neben seiner politischen Tätigkeit übernahm Winkler von 1998 bis 2004 das Präsidentenamt des Landessportbundes Sachsen und 2016 das des Sächsischen Fußball-Verbandes.

Der CDU-Europaabgeordnete Hermann Winkler ist verheiratet und hat zwei Töchter. ■



Hermann Winkler gehört zu den Politikern innerhalb der Christlich-Demokratischen Union, die offen die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union und insbesondere die der Bundesregierung kritisieren. Auch würde Winkler eine Koalition mit der AfD grundsätzlich nicht ausschließen wollen, wenn es nach seiner Ansicht darum geht, ein rot-rot-grünes Bündnis auf Bundesebene zu verhindern.

Über beide Themenkomplexe sprach Joachim Schäfer mit dem CDU-Europaabgeordneten.

? Sie bewerten die Flüchtlingskrise als ein europäisches und zugleich deutsches Problem. Allerdings ist Europa in dieser Frage so zerstritten, dass eine Einigung unmöglich erscheint. Welche Lösungsvorschläge hätten Sie denn anzubieten?

Hermann Winkler: Zwei Dinge erscheinen mir besonders wichtig. Wir müssen einerseits einheitliche soziale Systeme für Asylsuchende entwickeln, sodass diese sich nicht die Rosinen rauspicken können und nur in die Länder gehen, in denen es die höchsten Sozialleistungen gibt. Soll heißen: wir müssen die unterschiedlichen Sozialleistungen in den 28 europäischen Staaten angleichen, damit kein Sozialtourismus entsteht. Außerdem ist es aus meiner Sicht zwingend notwendig, dass wir die Asylbewerber auf alle Mitgliedsstaaten nach Wirtschaftskraft und Einwohnerzahl des jeweiligen Landes verteilen, wobei ich auch deutlich herausstellen möchte, dass Europa nicht alle Asylsuchenden dieser Welt aufnehmen kann. Insofern gibt es schon eine faktische Obergrenze. Dabei muss deutlich gemacht werden, dass Europa klar unterscheiden muss zwischen denen, die Schutz benötigen und denen, die unter Umständen uns und unserer Lebensweise schaden wollen. Und da wären wir bei der Frage, wie ernst wir es mit der Einhaltung von europäischen Regeln meinen. Im Lissabon-Vertrag ist nämlich klar geregelt, dass europäische Außengrenzen gegen das unbefugte Eindringen von Nichteuropäern zu sichern sind. Und dies ge-

Reizthemen Flüchtlingskrise und AfD

MdEP Hermann Winkler: „Ich stehe nach wie vor zu meinen Aussagen“



nau ist zurzeit nicht gewährleistet. Im Gegenteil: Wir haben den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban, der sich an die europäische Gesetzgebung gehalten hat, europaweit, auch von der deutschen Bundesregierung, kritisiert. Und es kann auch nicht sein, dass sich in Deutschland Menschen aufhalten, die nicht registriert sind oder die mehrere Identitäten haben. Das regt die Menschen im Land zurecht auf.

? Wobei wir beim deutschen Problem wären.

Hermann Winkler: In der Tat. Die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung hat die Stimmung in Deutschland massiv verschlechtert. Einerseits erleben wir – besonders Mittelständler –, dass der normale Bürger bei den kleinsten Rechtsverstößen gnadenlos zur Verantwortung gezogen wird. Auf der anderen Seite wird über Nacht die Grenze eines Landes für den ungehinderten Zugang von Menschen geöffnet, von denen keiner weiß, woher sie kommen, wer sie sind und was sie hier wollen. Dafür werden ebenso über Nacht finanzielle Mittel frei gemacht oder der Vorschlag unterbreitet, Bauordnungen zu ändern. Nach meiner Erfahrung hat die Mehrheit der Bevölkerung überhaupt nichts gegen tatsächlich asylsuchende Menschen, die aus Kriegsgebieten fliehen mussten. Aber die einheimische Bevölkerung sieht auch, dass zwei Drittel der Flüchtenden, eben nicht die erhofften Fachkräfte sind, da sie keine entsprechende Ausbildung haben. Vielfach wird das Bild von jungen Männern wahrgenommen, die mit modernsten Handys ihren Geschäften nachgehen, statt ihre Kräfte dafür einzusetzen, ihr eigenes Land wieder aufzubauen. Deshalb müssen wir die Sorgen und Ängste der Bevölkerung sehr ernst nehmen und darauf reagieren. Deshalb war die Entscheidung die Grenze zu öffnen und ungehindert Zugang zu schaffen, eine falsche Entscheidung. Ich hätte dies noch als humanitären Akt verstehen können, wenn man in den Wochen darauf dann allerdings reagiert und umgesteuert hätte. Das dies nicht geschehen ist, ist ein Grund für die angespannte Situation in Deutschland.

? Österreichs Außenminister, Sebastian Kurz, fordert die Kürzung der Entwicklungshilfe für Länder, die sich weigern, abgelehnte Asylbewerber aus Europa zurückzunehmen. Wie bewerten Sie die Forderung des österreichischen Außenministers?

Hermann Winkler: Außenminister Kurz hat mit seiner Forderung meine uneingeschränkte Unterstützung. Ich fordere zudem Folgendes: Ich bin der Ansicht, dass wir den EU-Staaten, die nicht bereit sind, Asylbewerber aufzunehmen, die finanziellen Mittel der Strukturfonds kürzen. Zwar will die Kommission jetzt ein Vertragsverletzungsverfahren gegen diese Länder einleiten. Aber dieser Weg ist für mich viel zu bürokratisch. Insofern kämpfe ich weiter für meinen Vorschlag, bei Nichtaufnahme von Asylbewerbern die Strukturfonds zu kürzen.

? Österreichs Außenminister Kurz hat auch vorgeschlagen, Flüchtlinge mit dem Ziel Europa bereits im Mittelmeer abzufangen, um diese dann in ihre Heimat zurückzuschicken oder auf Inseln festzuhalten, während ihre Asylanträge geprüft werden. Kurz lehnt sich damit an Teile des „australischen Modells“ an. Wäre das auch ein Modell für die Europäische Union?

Hermann Winkler: Ich begrüße die Diskussion über die Vorschläge von Außenminister Kurz. Wir müssen auf jeden Fall dazu übergehen, dass wir Aufnahmezentren mit menschenwürdigen Aufenthaltsbedingungen in den Ländern schaffen, aus denen die Flüchtlinge kommen. Nur so können wir den Zustrom der illegalen Migranten reduzieren und die Menschen davor bewahren, den riskan-

ten Weg über das Mittelmeer anzutreten. Dazu ist es aber notwendig, strategische Partner – vor allen in den nordafrikanischen Ländern – zu finden.

? Der österreichische Außenminister hat für seine Vorschläge und Ansichten viel Beifall von der AfD bekommen. AfD soll das nächste Stichwort sein. Sie haben viel Wirbel im Medienwald erregt, als Sie im Oktober 2016 gegenüber der Zeitschrift Superillu folgende Aussage tätigten: „Wenn es eine bürgerliche Mehrheit gemeinsam mit der AfD gibt, sollten wir mit ihr koalieren. Sonst steuern wir auf eine linke Republik zu.“ Halten Sie auch heute noch an Ihrer Aussage fest? Dies vor allem mit Blick auf Bestrebungen innerhalb der SPD, mit einer rot-rot-grünen Bundesregierung die Union auf die Oppositionsbänke zu befördern?

Hermann Winkler: Ich stehe nach wie vor zu meiner Aussage, dass die CDU überlegen muss, wie man zukünftig Mehrheiten gewinnt. Das ist legitim, wenn die SPD gleichzeitig für eine linke Mehrheit, also für Rot-Rot-Grün wirbt. Aber genauso muss es legitim sein, wenn sich die Union nach anderen Partnern umschaute. Und wenn diese Umschau im demokratischen Spektrum passiert, muss das möglich sein. Zwar kann ich mir auch momentan eine Zusammenarbeit oder gar eine Koalition mit den Herren Höcke und Gauland oder mit Frau von Storch nur schwer vorstellen. Dennoch muss es gestattet sein, darüber zu debattieren mit einer Partei, die ein Wählerpotential zwischen zehn Prozent im Bund und über 20 Prozent in Sachsen – Anhalt hat, und die zum Teil Inhalte aus alten CDU-Programmen vertritt, grundsätzlich politisch zusammenzuarbeiten. Es muss daher erlaubt sein auszuloten, wo finde ich Mehrheiten, bevor Deutschland auf eine linke Republik zusteuert. ■



Mit Hermann Winkler sprach Joachim Schäfer

Zertifizierte elektronische Registrierkassen

Laufende Erfassung und Aufzeichnungspflicht für einzelne Geschäftsvorfälle

Zum 31. Dezember 2016 läuft die Übergangsfrist des BMF-Schreibens vom 26. November 2010 (BStBl I S. 1342) zur Aufbewahrung digitaler Unterlagen bei Bargeschäften aus. Ab dem 1. Januar 2017 müssen Unterlagen im Sinne des § 147 Absatz 1 Abgabenordnung, die mittels elektronischer Registrierkassen, Waagen mit Registrierkassenfunktion, Taxametern und Wegstreckenzähler erstellt worden sind, für die Dauer der Aufbewahrungsfrist jederzeit verfügbar, unverzüglich lesbar und maschinell auswertbar aufbewahrt werden (§ 147 Absatz 2 Abgabenordnung).

Kassen- Nachschau ab Januar 2018

Das Gesetz zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen sieht eine Einzelaufzeichnungspflicht vor, die am Tag nach der Verkündung des Gesetzes in Kraft tritt. Die Einzelaufzeichnungspflicht bedeutet, dass aufzeichnungspflichtige Geschäftsvorfälle laufend zu erfassen, einzeln festzuhalten sowie aufzeichnen und aufzubewahren sind, so dass sich die einzelnen Geschäftsvorfälle in ihrer Entstehung und Abwicklung verfolgen lassen können. Eine Ausnahme von der Einzelaufzeichnungspflicht besteht aus Zumutbarkeitsgründen bei Verkauf von Waren an eine Vielzahl von nicht bekannten Personen gegen Barzahlung.

Ab dem 1. Januar 2018 wird die Möglichkeit der Kassen-Nachschau eingeführt. Dies ist ein eigenständiges Verfahren zur zeitnahen Aufklärung steuererheblicher Sachverhalte unter anderem im Zusammenhang mit der ordnungsgemäßen Erfassung von Geschäftsvorfällen.

Technische Sicherheitseinrichtung

Elektronische Aufzeichnungssysteme müssen ab dem 1. Januar 2020 über eine zertifizierte technische Sicherheitseinrichtung verfügen, die aus drei Bestandteilen besteht: einem Sicherheitsmodul, einem Speichermedium und einer digitalen Schnittstelle.

- Das Sicherheitsmodul gewährleistet, dass Kasseneingaben mit Beginn des Aufzeichnungsvorgangs protokolliert und später nicht mehr unerkannt verändert werden können.



Die elektronische Registrierkasse dient unter anderem zur zeitnahen Aufklärung steuererheblicher Sachverhalte

- Auf dem Speichermedium werden die Einzelaufzeichnungen für die Dauer der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist gespeichert.
- Die digitale Schnittstelle gewährleistet eine reibungslose Datenübertragung, z. B. für Prüfungszwecke.

Welche elektronischen Aufzeichnungssysteme über eine zertifizierte technische Sicherheitseinrichtung verfügen müssen, wird u. a. durch eine Rechtsverordnung festgelegt, die im Einvernehmen zwischen dem BMF, dem BMI und dem BMWi erstellt wird und der Zustimmung des Deutschen Bundestages und des Bundesrats bedarf. Diese Rechtsverordnung soll im Jahr 2017 erarbeitet werden. Daran wird sich das Ordnungsgebungsverfahren anschließen.

Verpflichtend: Elektronische Belegausgabe

Weiterhin ist ab dem 1. Januar 2020 die verpflichtende elektronische Belegausgabe bei elektronischen Aufzeichnungssystemen vorgesehen. Danach muss für den an diesem Geschäftsvorfall Beteiligten ein Beleg erstellt und diesem zur Verfügung gestellt werden. Der Beleg kann elektronisch oder in Papierform zur Verfügung gestellt werden. Mit der Belegausgabepflicht entsteht für den am Geschäftsvorfall Beteiligten aber keine Pflicht zur Mitnahme des Belegs. Aus Gründen der Zumutbarkeit und Praktikabilität besteht unter den Voraussetzungen des § 148 Abgabenordnung die Möglichkeit einer Befreiung von der Belegausgabepflicht.

Ab dem 1. Januar 2020 haben Steuerpflichtige, die elektronische Aufzeichnungssysteme verwenden, die Art und Anzahl der im jeweiligen Unternehmen eingesetzten elektronischen Aufzeichnungssysteme und der zertifizierten technischen Sicherheitseinrichtungen dem zuständigen Finanzamt mitzuteilen. Diejenigen Steuerpflichtigen, die ein elektronisches Aufzeichnungssystem vor dem 1. Januar 2020 angeschafft haben, haben diese Meldung bis zum 31. Januar 2020 zu erstatten.“

Fazit

Auch wenn diese Neuregelungen nicht automatisch für jedermann zu einem Steuerspareffekt führen, wird man sich auf diese Änderungen einstellen müssen. Was sich der Gesetzgeber ansonsten noch im Laufe der Legislaturperiode an steuerlichen Änderungen einfallen lassen wird, bleibt abzuwarten. ■

Rückfragen:

Rechtsanwalt Arnd Lackner, Fachanwalt für Steuerrecht, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht, WAGNER Rechtsanwälte
Großherzog-Friedrich-Str. 40
66111 Saarbrücken
Tel.: +49 (0) 681-95 82 82-0
Fax: +49 (0) 681-95 82 82-10
E-Mail: wagner@webvocat.de
www.webvocat.de

Der Autor ist Mitglied der Deutschen Anwalts- und Steuerberatervereinigung für die mittelständische Wirtschaft e.V.

Steuerberatung. Leidenschaft.

Die Berater-MDT.

Wir sind...

Peter Mempel, Michael Depenbrock und Christine Titze. Wir sind engagierte Steuerberater aus Leidenschaft. Wir sind Die Berater-MDT.

Wir steuern...

unser Unternehmen zu dritt. Wir bearbeiten Ihre Angelegenheiten engagiert und kompetent. Wir beraten Sie souverän mit mehr als 20 Jahren Erfahrungen im steuer- und wirtschaftsberatenden Beruf. Peter Mempel ist zudem ausgebildeter Mediator.

Wir gestalten...

auf steuerlicher und betriebswirtschaftlicher Basis Ihren langfristigen steueroptimierten Vermögensaufbau. Wir helfen Ihnen mit unserem Kanzleikonzept und betriebswirtschaftlichem Know-How bei der Führung und Übertragung von kleinen und mittelständischen Betrieben. Auch im Bereich der Mediation können wir für Sie tätig werden.



Sie haben...

Beratungsbedarf in steuerlichen Fragen? Sie benötigen Unterstützung bei Ihrem Jahresabschluss? Sie möchten weitere Informationen?

Nehmen Sie...

Kontakt zu uns auf, wir freuen uns auf ein persönliches Gespräch mit Ihnen!



Die Berater-MDT
Steuerberatungsgesellschaft mbH
Rheinlanddamm 10
44139 Dortmund

Tel. 0231 – 222 14 97
Fax. 0231 – 222 14 98
kanzlei@die-berater-mdt.de
www.die-berater-mdt.de



Marcus Rexfort erläuterte den Sitzungsteilnehmern zunächst die Positionen der im Bundestag vertretenen Parteien

Altersvorsorge: BDS diskutiert eigene Reformvorschläge

Rentenexperte **Marcus Rexfort** schlägt Generationenbeitrag vor

Innerhalb des Bundesverbandes der Selbständigen gilt Marcus Rexfort schlechthin als der Rentenexperte.

Weil die im Bundestag vertretenen Parteien zur Zeit über eine Rentenversicherungspflicht für Selbstständige beraten und nur graduelle Meinungsunterschiede sichtbar werden, diskutierte der Grundsatzausschuss des BDS Nordrhein-Westfalen unter der souveränen Gesprächsleitung von Annette Adams über eigene Reformvorschläge zur Sicherung der Altersvorsorge für mittelständische Unternehmer.

Rexfort erläuterte den Sitzungsteilnehmern zunächst die Positionen der im Bundestag vertretenen Parteien. Die Bündnisgrünen streben nach Rexforts Worten an, die Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung weiterzuentwickeln, in die alle Bürger, unabhängig vom Erwerbsstatus, einzahlen sollen. Als erste Maßnahme wollen

Die Bündnisgrünen wollen die Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln, in die alle Bürger, unabhängig vom Erwerbsstatus, einzahlen sollen.

die Grünen wieder Mindestrentenbeiträge für Arbeitslose einführen, die Minijobs voll umfänglich und auch die bisher nicht pflichtversicherten Selbstständigen in die Rentenversicherung einbeziehen.

Dagegen möchten die Unionsparteien die private und betriebliche Vorsorge stärken. Gleichwohl möchten auch CDU und CSU eine Altersvorsorgepflicht für Selbstständige einführen. Dabei soll dieser Personenkreis zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und anderen Vorsorgearten wählen können.

Linkspartei will Zwangsverpflichtung

Die Linkspartei will ohne Ausnahme alle Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung zwangsverpflichten. Zitat: „Solidarische Rentenversicherung bedeutet zunächst die zeitnahe Orientierung der Beiträge an dem tatsächlichen Einkommen. Selbstständige mit geringem Einkommen zahlen

zudem bei vollen Leistungsansprüchen nur 50 Prozent des Beitragsatzes.“ Und gäbe es einmal wegen nichtbezahlter Rechnungen Liquiditätsschwierigkeiten, so soll nach dem Willen der Linkspartei die Kreditanstalt für Wiederaufbau kurzfristige und zinsgünstige Kredite gewähren, um die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung bedienen zu können.

In dem Papier der SPD heißt es: „Selbstständige sollen verpflichtet werden, für ihren Ruhestand vorzusorgen. In diesem Kontext soll der Mindestbeitrag zur gesetzlichen Krankenkasse gesenkt werden, um die hieraus resultierende freie Liquidität in die Altersvorsorge investieren zu können. Erstrangig soll hierbei die gesetzliche Rentenversicherung bedient werden.“

Der Autor des SPD-Papiers, der „Arbeitszeitpolitiker“ und Referent der SPD-Bundestagsfraktion Meyer-Riks, ergänzte in einem Telefonat mit Markus Rexfort die Hal-



tung der Sozialdemokraten dahingehend, dass ab einer noch zu definierenden Altersgrenze geprüft werden soll, ob die laufende Altersvorsorge für den Selbstständigen auskömmlich sein wird. Falls dies nicht der Fall sei, müsse eine zusätzliche Beitragspflicht eintreten.

Lösungsansätze nicht praktikabel

Für Rentenexperte Rexfort sind die Lösungsansätze aller fünf Parteien für Selbstständige nicht akzeptabel. Daher seine Fragestellung:

- Warum soll ein Selbstständiger in ein marodes System einzahlen?
- Warum kann ein GmbH-Geschäftsführer eine betriebliche Altersvorsorge für sich nutzen, ein eingetragener Kaufmann aber nicht?
- Warum soll ein Selbstständiger in eine zertifizierte Basis- oder Riester-Rente einzahlen, wenn hier nicht einmal mehr eine Beitragsrendite darstellbar ist, zumal diese Vorsorgesysteme nur so gut sind, wie die jeweilige Förderquote oder der jeweilige Einkommensteuersatz der versicherten Person?

Versorgungswerk als Körperschaft

Als Alternative zu den Überlegungen der im Bundestag vertretenen Parteien schlägt Rexfort vor, einen Generationenbeitrag in Höhe von 3,5 Prozent auf Einkommen-, Kapi-

talertrag- und Körperschaftssteuern einzuführen. Die hieraus resultierenden jährlichen Einnahmen würden dann nach einer Aufschubdauer von jeweils 12 Jahren dem neuen Rentenzugang zur Verfügung stehen.

Außerdem schlägt Rexfort ein Versorgungswerk als Körperschaft des öffentlichen Rechts vor, um eine weitere, den individuellen Bedürfnissen angepasste Zusatzversorgung zu generieren. Dieses Versorgungswerk müsste nach Rexforts Vorstellungen zudem für alle Selbstständigen zugänglich sein.



Auch BDS-Präsident Hans-Peter Murmann (links neben Paul Nolte) nahm an der Sitzung des Grundsatzausschusses teil. Ein gern gesehener Gast beim BDS Nordrhein-Westfalen ist Hessens Landesvorsitzender Heinrich Dittmann (hier im Gespräch mit Barbara Murmann)

Glänzte durch eine souveräne Gesprächsleitung: Annette Adams, die als stellvertretende Vorsitzende des Grundsatzausschusses Thomas Brüggemann vertrat

Als Vorbild könnte nach seinen Worten das Versorgungswerk für die Abgeordneten der Landtage NRW und Brandenburg dienen. Dieses Versorgungswerk basiert auf einer kapitalgedeckten Prämienrente. Für Rexfort steht fest, warum die Landtagsabgeordneten 2004 dieses System gewählt haben und sich nicht der Versicherungspflicht in die gesetzliche Rentenversicherung unterzogen haben: Um bei Bezug eine bessere Rendite zu erzielen!

Sein Fazit: „Was den Abgeordneten recht ist, sollte für den Bürger billig sein.“

In Wahlprüfsteine integrieren

Die Mitglieder des Grundsatzausschusses beschlossen nach eingehender Diskussion einstimmig, die Vorschläge des Rentenexperten an das Präsidium des Bundesverbandes der Selbständigen weiterzuleiten, mit der Bitte um Prüfung und gegebenenfalls um Einbeziehung in die politische Arbeit des Verbandes. Dies vor allem mit Blick auf die Wahlprüfsteine des BDS, die zur Bundestagswahl allen Parteien zwecks Stellungnahme zugesandt werden.

A.S. ■

Das detaillierte Rentenkonzept von Marcus Rexfort kann abgerufen werden unter <http://reformwunder.de/Generationsgerechtigkeit>



TOYOTA

NICHTS IST UNMÖGLICH



DER AVENSIS TOURING SPORTS. STIL. SICHERER. GESCHÄFTSPARTNER.

Serienmäßig sicher mit Toyota Safety Sense und Pre-Collision-System.

Exklusive Leasing Sonderkonditionen für bezugsberechtigte Mitglieder des Bundesverbandes der Selbständigen.

BDS.

Bundesverband der Selbständigen

Toyota **Business Plus**

0,- €*

Leasingsonderzahlung

TOYOTA SERVICE LEASING

290 €* Monatlich

Technik-Service-Rate **17,16 €***** (Wartung und Verschleißreparaturen).

AVENSIS TOURING SPORTS EDITION-S

- 17"-LEICHTMETALLFELGEN
- NAVIGATIONSSYSTEM TOYOTA TOUCH&GO2
- RÜCKFAHRKAMERA • 4,2"-TFT-MULTI-INFO-FARBDISPLAY
- KLIMAAUTOMATIK • SITZHEIZUNG VORNE
- SMART-KEY-SYSTEM
- TOYOTA SAFETY SENSE U.A. MIT PRE-COLLISION SYSTEM

- ELEKTRISCHE FENSTERHEBER VORNE UND HINTEN
- AUSSENSPIEGEL, ELEKTRISCH EINSTELL- UND BEHEIZBAR
- DACHREILING • 7 AIRBAGS (INKL. KNIEAIRBAG FÜR FAHRER)
- LENDENWIRBELSTÜTZE FÜR FAHRER, ELEKTRISCH EINSTELLBAR
- USB-SCHNITTSTELLE MIT IPOD-STEUERUNG
- VOLL-LED-SCHEINWERFER • LED-TAGFAHRLICHT
- RÜCKSITZLEHNE IM VERHÄLTNISS 60:40 GETEILT UMKLAPPBAR

*Unser Toyota Service Leasing Angebot¹ für den Avensis Touring Sports Edition-S 2,0-l-D-4D, 6-Gang-Schaltgetriebe. Leasingsonderzahlung 0,00 €, Vertragslaufzeit 36 Monate, Gesamtleistung 60.000 km, 36 mtl. Raten à 290,34 €, Technik-Service-Rate à 17,16 €.

Kraftstoffverbrauch Avensis Touring Sports Edition-S 2,0-l-D-4D, 6-Gang-Schaltgetriebe, innerorts/außerorts/kombiniert 5,7/4,0/4,6 l/100 km, CO₂-Emissionen kombiniert 120 g/km. Abbildung zeigt Sonderausstattung.

¹ Ein unverbindliches Angebot der Toyota Leasing GmbH, Toyota-Allee 5, 50858 Köln. Entsprechende Bonität vorausgesetzt. Monatliche Leasingrate inklusive Technik-Service (Wartung und Verschleißreparaturen). **Gilt bei Anfrage und Genehmigung bis zum 28.02.2017.** Alle Angebotspreise verstehen sich auf Basis der unverbindlichen Preisempfehlung der Toyota Deutschland GmbH, Toyota-Allee 2, 50858 Köln, per Dezember 2016, zzgl. MwSt., zzgl. Überführung. Diese Aktion gilt nur für BDS Mitglieder in Verbindung mit einem gültigen Abrufschein des Toyota Rahmenabkommens Nr. 000272.

BDS.

Großabnehmerrabatt für BDS-Mitglieder

Abrufschein für Kfz-Neuwagen zu Sonderkonditionen der Marke Toyota anfordern

Bitte senden Sie mir einen Abrufschein unter der von mir eingetragenen Firmenadresse und meinem Namen zu. Weitere Sonderkonditionen für Kraftfahrzeuge und für andere Produkte und Dienstleistungen finden Sie im geschütztem Bereich unter:
www.bds-dgv.de.

Bitte ankreuzen:

-  Von 18% (Lexus RX) bis zu 34% (ProAce) Nachlass je nach Fahrzeugmodell

Sie können den gewünschten Abrufschein anfordern unter:
Telefon: 0 30 / 28 04 91-0 · Telefax: 0 30 / 28 04 91-11 · E-Mail: info@bds-dgv.de

- Ich bin BDS-Mitglied. Mitgliedsnummer (falls zur Hand) _____

Vorname/Nachname

Straße

Firma

PLZ/Ort

E-Mail/Telefon

Datum/Unterschrift

BDS im Oldtimer-Fieber

Zwischen Stanguellini, Maserati, Mustang und Mercedes Benz

Gleich zu Beginn erwartete die BDS-Mitglieder eine schwarze Augenweide, bei der selbst James Bond schwach werden würde: Der neue Aston Martin DB11 blitzt und blinkt in seiner vollen Pracht. „Das DB im Namen steht für David Brown, der diese Firma über eine Zeitungsanzeige gekauft hat“, erklärte Wilfried Steer seiner BDS-Gruppe, die er am Donnerstag, 2. März 2017, exklusiv über die Retro Classics Messe geführt hat. In insgesamt drei Führungen haben BDS-Mitglieder einen besonderen Einblick in die faszinierende Welt der Retro Classics, der größten Oldtimermesse Europas, die vom 02. bis 05. März 2017 zum 17. Mal ihre Pforten in der Messe Stuttgart geöffnet hatte, erhalten. Außerdem gab's wieder für alle BDS-Mitglieder, die sich lieber alleine die edlen Karossen anschauen wollten, extrem vergünstigte Tickets für nur acht Euro.

Anschließend führte der Präsident des Mercedes-Benz 190 SL-Club und einer der renommiertesten Automobil-Historiker, Wilfried Steer, seine automobilen Fans in die Sonderschau der italienischen Schmuckstücke. Hier präsentieren sich Stanguellini- und Maserati-Oldtimer vom Feinsten, beispielsweise der Maserati Bora, den der italienische Industriedesigner Giorgio Giugiaro gezeichnet hat. Auch der Alfa Romeo 1900C Super Sprint von 1957 lässt die Herzen der Besucher höher schlagen. „Das hier ist der Maserati 420M Eldorado, den Rennfahrerlegende Stirling Moss gefahren hat. Moss ist bekannt geworden, weil er auf der Mille Miglia 1955



den Streckenrekord mit einem Mercedes aufgestellt hat“, erklärte Steer zum Highlight der Ausstellung.

In Halle 1 zeigten sich VW Käfer mit und ohne Brezelfenster, zahlreiche Mercedes-Schönheiten und viele einzigartige Oldtimer von ihrer edelsten Seite. Zu jedem Oldtimer wusste Steer seine eigene spannende Geschichte - so auch hier: „Der Mercedes 630 K Murphy Roadster von 1924 hat einen so genannten ‚Schwiegermattersitz‘ mit extra Trittklappen.“ Der Sitz heiße so, weil er außerhalb des überdachten Fahrer- raums lag.

Zum Abschluss der gelungenen Führung konnten sich alle in der VIP-Lounge exklusiv am vielseitigen extravagananten Buffet stärken und bei Wein und Kaffee über die gesehenen Oldtimer-Raritäten austauschen. Am Nachmittag machte sich jeder im Alleingang oder in einer Gruppe auf, sein Traumauto zu finden. Sei es in Halle 5, in der es bei den amerikanischen Muscle Cars vor Power nur so strotzte oder in Halle 4, in der sich Porsche-Liebhaber verlieren konnten. Manch einer wird noch in der folgenden Nacht von den automobilen Traumkarren geträumt haben. ■





Impressionen von der Retro Classics 2017



Spannende Führung
durch die
Schnaithmann
Maschinenbau GmbH



Sind Ihr Zuhause und Ihr Unternehmen sicher?

Informationsveranstaltung bei der Schnaithmann Maschinenbau GmbH

Wann und wie kommen Diebe in Ihr Haus und Unternehmen und wie können Sie es verhindern? Auf diese und weitere Sicherheitsfragen hatte Kriminaloberkommissarin Sandra Sänger effektive Antworten für die rund 100 BDS-Mitglieder, die am Freitag, 17. Februar zur Schnaithmann Maschinenbau GmbH nach Remshalden gekommen waren.

„Über 40 Prozent der Einbrüche bleiben im Versuchsstadium“, begann Sandra Sänger und fuhr fort: „Nämlich dann, wenn etwas zum Einbruchschutz getan wird!“ Sie erklärte, dass Fenster und Türen mindestens den Widerstandsklassen RC 2 entsprechen sollten, dann wären sie ziemlich sicher. Alle Schwachstellen in einem Haus können auch nachgerüstet werden (es muss nicht alles komplett ausgetauscht werden), die Listen vertrauenswürdiger Handwerker erhalten Interessierte unter www.k-einbruch.de.

Während Sänger im gewerblichen Bereich schon Alarmanlagen empfehlen würde, machen diese in privaten Häusern erst dann Sinn, wenn die mechanischen Sicherungsmaßnahmen an Fenstern und Türen vollzogen seien. Neben Tipps wie „Schließen Sie immer Ihre Türe ab“ oder „Gekipp-



te Fenster sind offene Fenster“ war es Sandra Sänger vom Referat Prävention des Polizeipräsidiums Aalen ein Anliegen, mit Vorurteilen aufzuräumen. Auch mit dem Mythos, man solle Einbrecher aufhalten, machte sie deutlich Schluss: „Sonst kann es beim Einbrecher zu einer unüberlegten Handlung kommen und sie tragen womöglich eine Verletzung davon.“ Zahlreiche

Zwischenfragen zeigten die Brisanz und Bedeutsamkeit des Themas auf.

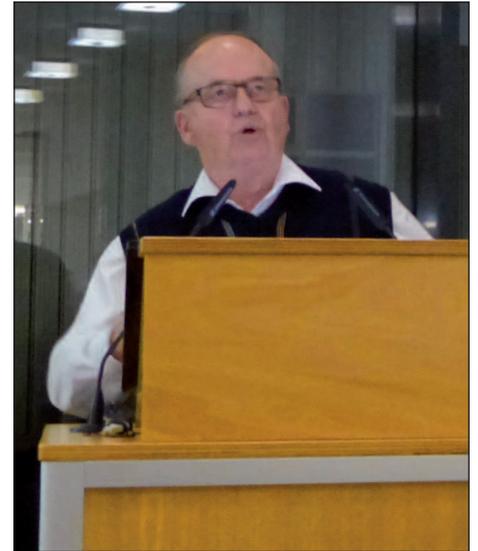
Los ging der exklusive Informationsabend mit einer beeindruckenden Führung durch das Unternehmen Schnaithmann, das der Unternehmer Karl Schnaithmann 1985 gegründet hat und in dem heute 250 Mitarbeiter, davon 39 Auszubildende, beschäftigt sind. Bereits zwei-



Kriminaloberkommissarin Sandra Säger klärt über Sicherheitslücken auf



BDS-Präsident Günther Hieber ist begeistert vom Unternehmen Schnaithmann



Geschäftsführender Gesellschafter und Gründer Karl Schnaithmann begrüßte alle Gäste per Handschlag

mal musste das Unternehmen seither umziehen, weil die Hallen schnell zu klein wurden. Schnaithmann ist einer der führenden Systemlieferanten in der Automatisierungstechnik. Mit einem breiten Leistungsspektrum sorgt das Unternehmen für Qualitätslösungen in der Montage-, Materialfluss- und Handhabungstechnik. 90 Prozent der Kunden kommen aus der Automobilbranche.

Schnaithmann ist der Inbegriff eines inhabergeführten schwäbischen mittelständischen Unternehmens, das sein Motto

„Gemeinsam Werte leben“ wirklich lebt und Tag für Tag umsetzt. Für Karl Schnaithmann, geschäftsführender Gesellschafter, sind die Mitarbeiter der Erfolgsfaktor der Firma. Das sieht man auch in seiner Meinung zum allgegenwärtigen Thema Industrie 4.0: „Das bedeutet für mich keine menschenleeren Hallen, sondern die Zusammenführung von Mensch und Roboter!“ Auch BDS-Präsident Günther Hieber zog symbolisch seinen Hut vor der Firma und dem Unternehmer Schnaithmann: „Das ist ein faszinierendes

Unternehmen, das Sie hier aus dem Boden gestampft, eine beeindruckende Technik, die Sie hier aufgebaut haben. Und sagenhaft ist vor allem auch Ihre soziale Komponente, mit der Sie dem Mittelstand alle Ehre erweisen. Dafür möchte ich mich bei Ihnen herzlich bedanken“, betonte er in seiner Begrüßungsansprache.

Zum Abschluss sponserte das Unternehmen Schnaithmann ein leckeres Buffet sowie Getränke und lud damit die BDS-Gäste zum gemütlichen Netzwerken im firmeneigenen Forum ein. ■

30-jähriges Jubiläum des GV Burgrieden-Achstetten

Ein stolzes Jubiläum konnte der GV Burgrieden-Achstetten am 18. Februar 2017 begehen: 30 Jahre besteht der Handels- und Gewerbeverein nun schon und organisiert regelmäßig die Maihocketse, gemeinsame Ausflüge, Leistungsschauen, Firmenbesichtigungen und Fachvorträge. Gerd Scheffold vom BDS-Landesverband gratulierte dem Vorstand und seinem Verein sehr herzlich und bedankte sich für das ehrenamtliche Engagement. Nach der Rede des ersten Vorsitzenden Bruno Hettich, ging Gerd Scheffold in seiner Festrede auf die lange Geschichte der Handels- und Gewerbevereine in Deutschland ein: „In den 80er Jahren zeigte sich, dass Baden-Württemberg den Wandel vom Agrarstaat zum Industrie- und Dienstleistungsstaat vollzogen hatte. Auch in kleineren Gemeinden und Orten wurden überall Gewerbe-

gebiete ausgewiesen. Und moderne Betriebe verbreiteten sich über Stadt und Land. Dies führte zur Gründung zahlreicher neuer Gewerbevereine, darunter 1987 auch in Burgrieden.“ Während der Verein damals mit 16 Mitgliedsbetrieben begann, zählt er heute bereits 75 Mitglieder. Scheffold skizzierte auch die Geschichte des Vereins und seiner Vorstände: „Hubert Eble und Josef Rottmaier übernahmen die Führung in den ersten Jahren. Ihnen folgte Jakob Humm. Seit 2006 ist der Verein um die Gemeinde Achstetten erweitert und hat dies auch im Namen ausgedrückt. Vorsitzender ist seit 2003 Bruno Hettich, der den Verein souverän führt und auch als stellvertretender BDS-Kreisvorsitzender amtiert.“ Umrahmt hat die Feier ein Quintett aus Musiklehrern und fand ihren krönenden Abschluss in einem leckeren Buffet. ■



Freude beim Vorstand des GV Burgrieden und seinen Ehrengästen



Zieleinlauf am Schrozberger Schloss: Wer gewinnt dieses Jahr die Oldtimer-Rallye?

Foto: BDS Schrozberg

Oldtimer-Rallye: Sportlicher Ehrgeiz ist gefragt

Neuaufgabe des Schrozberger Sommers am 14. Mai 2017

Jürgen Gögelein vom Schrozberger Bund der Selbstständigen und Oldtimer-Fan Anton Wunderlich aus Bartenstein sind schon seit einigen Monaten dabei, die zweite Schrozberger Oldtimer Rallye zu planen.

Nach dem großen Erfolg vor zwei Jahren findet während des Schrozberger Sommers am Sonntag, dem 14. Mai 2017 eine Neuaufgabe statt. Auf zwei Etappen erkunden die Fahrerinnen und Fahrer die reizvolle Landschaft im nördlichen Landkreis Schwäbisch Hall. Vormittags führt die Tour durch das Schrozberger Stadtgebiet. Die flächenmäßig zweitgrößte Gemeinde im Landkreis ist im östlichen Bereich geprägt durch landwirtschaftlich genutzte Flächen und große Wälder. Dort sind Stationen mit Aufgaben in Spielbach und Windisch-Bo-

ckenfeld geplant. Im Westen führt die zirka 90 Kilometer lange Strecke durch das Ettetäl hinauf nach Bartenstein und die Rundfahrt endet gegen Mittag am Schrozberger Marktplatz. Während sich die Mobilisten stärken, können die Fahrzeuge auf dem Parkplatz hinter dem Schreibwarengeschäft Kleider besichtigt werden.

Die Nachmittagsrunde führt über Langenburg und Kirchberg an der Jagst nach Unterschmerach und dann über Wallhausen und Gerabronn auf Nebenstrecken zurück nach Schrozberg. Gegen 17.45 Uhr ist auf dem Marktplatz die Siegerehrung. Mit Peer Hahn steht am Start und beim Zieleinlauf ein fachkundiger Moderator bereit, um den interessierten Zuschauern wichtige Informationen zu den Fahrzeugen zu präsen-

tieren. „Rund 20 Helfer sind nötig, um den reibungslosen Ablauf der Veranstaltung zu gewährleisten“, weiß Jürgen Gögelein. Die Erfahrungen von der ersten Rallye helfen dem Team bei der Organisation. Maximal 60 Fahrzeuge werden zugelassen. Zirka die Hälfte der möglichen Starter haben sich schon angemeldet und Anton Wunderlich geht davon aus, dass bis zum Anmeldeabschluss am 30. April 2017 alle Startplätze belegt sind. Meldungen aus dem Umkreis von 150 bis 200 Kilometern liegen laut Jürgen Gögelein bereits vor. Darunter sind auch Fahrzeuge aus dem Schwarzwald und aus Hessen.

Weitere Informationen und Anmeldung bei Jürgen Gögelein unter der Mail: info@goegelein.lvm.de

IMPRESSUM

Der Selbständige

Regionalteil Baden-Württemberg
Präsident: RA Günther Hieber
Hauptgeschäftsführer: RA Joachim W. Dörr
Redaktion: Nadine Münch, Diplom Politik- & Kommunikationswissenschaftlerin
Layout: Joachim Schäfer

Fotos und Grafiken: BDS Baden-Württemberg
BDS Baden-Württemberg e.V., Taubenheimstraße 24, 70372 Stuttgart Bad Cannstatt
Telefon 0711/95 46 68-0
Fax 0711/95 46 68-33
www.bds-bw.de
E-Mail: presse@bds-bw.de

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr. Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung liegen bei K6 Medien/Alves, Dortmund, und dürfen nur mit ausdrücklicher,

schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.

FutureShopping in Zuffenhausen

Digitalisierung: Profi gab Tipps für Handwerker und Einzelhändler

Die Rede ist nicht von surrealen Visionen, sondern dem Einkaufen der Zukunft: Da schwirren digitale Schmetterlinge alias Einkaufsgutscheine durch die Luft und Kunden steuern virtuelle Schaufensterpuppen mit dem Handy. Martin Schaaf, erster Vorsitzender des BDS Zuffenhausen, hat am Mittwochabend, 22. Februar 2017, in der Zehntscheuer nach der Hauptversammlung zum Vortrag von Prof. Harald Eichsteller von der Hochschule der Medien (HdM) in Stuttgart eingeladen. Der Profi gab einige Ausblicke und gut umsetzbare Tipps für Handwerker und Einzelhändler, um sich der Digitalisierung und ihren Herausforderungen zu stellen.



Martin Schaaf, erster Vorsitzender, und Prof. Eichsteller im Gespräch über digitale Trends

Um als Handwerker im Netz gefunden zu werden, ist es nicht so wichtig, eine schöne Seite zu haben, sondern eine benutzerfreundliche. „Das wichtigste ist, dass Ihre Kontaktdaten, vor allem die Telefonnummer, direkt sichtbar sind“, betonte Prof. Eichsteller „und, dass Sie über Google gut gefunden werden!“ Sie sollten sich überlegen, was die Kunden suchen und wer auf die Website kommen könnte und sie entsprechend ausrichten.

Zukünftige Themen für die Einzelhändler sieht der Studiendekan der HdM Medienmasterprogramme vor allem im elektronischen Bezahlen per Chip und Handy und in Augmented Reality-Anwendungen, die über das Handy steuerbar sind. Letzteres bedeutet so viel wie computergestützte Realitätswahrnehmungen, beispielsweise erscheinen auf dem kleinen Smartphone-Bildschirm zum Bild der Kamera zusätzliche visuelle Elemente, mit denen man bspw. eine virtuelle Schaufensterpuppe steuern kann. Im Ladenlokal können ‚digitale Plakate‘ auf Informationen von Kunden oder auch einfach auf die Witterung reagieren und bei Regen draußen sofort passend einen Regenschirm anbieten.



Prof. Eichsteller erklärt FutureShopping

„Beim Kleidungskauf kann das auch dazu führen, wenn ein Kunde mit seinem Handy eincheckt im Laden, dass automatisch in seiner Umkleidekabine sein Musikstil läuft, der über sein Handy dann bekannt ist“, entführte der 5-Sterne-Redner seine Zuhörer in die digitale Einkaufswelt. Aber auch eine Bonuskarte, eine SMS-Benachrichtigung, wenn die Ware fertig ist oder E-Mailmarketing machen je nach Art des Ladens Sinn.

„Generell ist zu sagen, dass die Emotionalisierung immer wichtiger wird und damit der Preis selbst in den Hintergrund rücken kann!“, schloss Prof. Eichsteller.

Eine Hausaufgabe gab er allen anwesenden Unternehmern an diesem Abend mit auf dem Heimweg: Sie sollten überprüfen, ob sie im Netz gut und schnell gefunden werden, wie die Bewertungen sind und dann entsprechende Maßnahmen treffen. ■



(0231) 33874133
 (0231) 2265788
 info@k6-medien.de



Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

Blick in die Röhre

Straßenbauprojekt Rosensteintunnel – Exklusive Führung des BDS-Landesverbandes für den Kreisverband Stuttgart

Mitglieder des BDS-Kreisverbands Stuttgart erhielten im Februar einen exklusiven Einblick in das Straßenbauprojekt Rosensteintunnel.

Spannende Führung unter Stuttgart

Sicher ausgerüstet mit Bauhelm, Warnweste, Selbstretter und Gummistiefeln starteten die BDS-Mitglieder nach der Begrüßung von Otmar de Riz vom BDS-Landesverband und einer interessanten Einführung von Sachgebietsleiter Gerd Schwertner, Tiefbauamt Stuttgart, ihre Besichtigung. Am Ende hielt Vizepräsident Günter Hecht ein Schlusswort und überreichte den Verantwortlichen Präsenten.

Tunnel mit 1300 Metern Länge

Dabei konnten sich die Teilnehmer vom zentralen Bauwerk der Großbaustelle – dem B 10-Rosensteintunnel – selbst überzeugen. Mit einer Gesamtlänge von rund 1.300 Meter unterquert der Tunnel den Rosensteinpark und Teile des Zoologisch-Botanischen Gartens Wilhelma. Ziel ist es, im Zusammenspiel mit den verkehrslenkenden Maßnahmen, den Ausweichverkehr in den Wohngebieten der umgebenden Stadtbezirke zu reduzieren. Dabei soll der Verkehr jeweils zweispurig durch die beiden Tunnelröhren auf direktem Wege zwischen den Knotenpunkten Pragsattel und der Verbindung am LEUZE Mineralbad führen. Das gesamte Straßenbauprojekt liegt in einem finanziellen Rahmen von rund



BDS-Führung durch das Straßenbauprojekt B 10-Rosensteintunnel

275 Millionen Euro, wie Gerd Schwertner vom Tiefbauamt erklärte. Der Bau des B 10-Rosensteintunnels erfolgt über rund 750 Meter in bergmännischer Bauweise vom Neckar in Richtung Pragstraße. Täglich wird auf der Baustelle 24 Stunden lang gearbeitet, berichtete Gerd Schwertner.

Der Landesverband und der Kreisverband luden im Anschluss zum gemütlichen Abendessen ein, bei dem sich die Mitglieder noch über die beeindruckende Führung austauschen konnten. ■

Weitere Informationen über das Straßenbauprojekt gibt es unter www.stuttgart.de/rosensteintunnel



Das Internet gehört zu den wichtigsten Medien unserer Zeit. Daher ist es wichtig, wie man sich im Web präsentiert. Funktionen wie Responsive Design oder die eigene App gehören dazu.

Informieren Sie sich jetzt!

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



(0231) 33874133

(0231) 33896183

info@k6-medien.de

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

Aktuelle Termine der BDS-Orts- und Kreisverbände

01.04.2017	GHV Stuttgart-Feuerbach: FeuerbachNacht. Lange Einkaufs- und Kulturnacht 2017 bis 24 Uhr
02.04.2017	BDS Kornwestheim: Stadtlauf Kornwestheim
02.04.2017	BDS Remchingen: Remchinger Frühling
03.04.2017	Gewerbeverein Keltern: Mitgliederversammlung BDS Keltern
03.04.2017	Ortsverband Schrozberg: Als der Schreibtisch um Hilfe rief, das A und O der Büro und Selbstorganisation
04.04.2017	GV Illingen: 3. Sitzung Vorstand und Ausschuss
06.04.2017	BDS LE e.V.: BDS LE Mitgliederversammlung
08.04.2017	GHV Hüttlingen: Lange Einkaufsnacht bis 24 Uhr vor Ostern
08.04. - 09.04.2017	BDS Kornwestheim e.V.: Automeile mit verkaufsoffenem Sonntag
11.04.2017	RGV Rheinau: Jour fix
20.04.2017	BDS Mannheim-Wallstadt: Mitgliederversammlung
22.04.2017	RGV Rheinau: Maibaum 2017
26.04.2017	BDS Remseck: BdS Stammtisch
29.04.2017	BDS Bonlanden: Bonländer Maibaum
29.04.2017	GHV Filderstadt-Bernhausen: Maibaumaufstellung
30.04. - 01.05.2017	GV Burgrieden-Achstetten: Leistungsschau
01.05.2017	RGV Rheinau: Maibaum 2017
03.05.2017	BDS Besigheim: 22. Unternehmerfrühstück
06.05.2017	BDS Besigheim: Führung durch die „Sammlung Zander“ im Bönningheimer Schloss
06.05.2017	Leimen aktiv: Maibaumfest mit Fassanstich
09.05.2017	Gewerbeverein Keltern: Vorstandssitzung BDS Keltern
09.05.2017	BDS Michelfeld: Besichtigung Firma Blechtechnik
09.05.2017	BDS Michelfeld: Mitgliederversammlung

Weitere Termine immer aktuell unter www.bds-bw.de/termine

Hand in Hand ist ...

... nicht alleine dazustehen, wenn das Leben mal eine Verschnaufpause braucht.

Jetzt
Angebot
anfordern

Hand in Hand ist ...

HanseMerkur



Die Krankenversicherung, die zu Ihnen passt:
Exklusive **BDS Sonderkonditionen**
im Rahmenvertrag 2017

GESCHÄFTSSTELLENLEITER
OLIVER KRÖTER

Nymphenburger Str. 13-15 · 80335 München
Mobil 0179 4816065 · Fax 040 41199675876
E-Mail oliver.kroeter@hansemerkur.de